

title News
issue 21/03/2013
page 61-64, 65

NEWS



„Im schlimmsten Fall kann das Swap-Geschäft zur Existenzbedrohung für die Bawag werden.“

Hannes Androsch, Fimbag-Aufsichtsratsvorsitzender, S. 64

WIRTSCHAFT

Die Swap-Bank. Bawag-Boss Byron Haynes hat das Swap-Geschäft geerbt, das die Bank nun bedroht. Er verklagt die Stadt Linz auf 417 Millionen Euro.



Wenn eines in dieser Causa klar ist, dann, dass es einen gewaltigen Schaden gibt. Die Rede ist von jenem hochspekulativen Finanzgeschäft (Swap), das die Bawag am 12. Februar 2007 mit der Stadt Linz abgeschlossen hat. Aktuell beträgt die Schadenssumme etwas über 450 Millionen Euro, und sie wächst laut Angaben der Bawag allein aufgrund der anfallenden Zinsen täglich um 100.000 Euro. Sollte die unrühmliche Causa tatsächlich vor Gericht ausgetragen werden, könnte der Schaden die Milliardengrenze erreichen, meint der frühere Finanzminister Hannes Androsch (siehe Interview Seite 64).

Um dieses dicke Ende zu vermeiden, wurde laut NEWS-Informationen ein geheimer Rettungsplan entwickelt, der auf einen Vergleich hinausläuft. Verhandelt wird abseits der Öffentlichkeit.

Swap-Rettung durch den Staat.

Es hat einen guten Grund, warum derzeit im Geheimen verhandelt wird: Ein wesentlicher Beitrag zur Beseitigung des

Geheimplan im 450-Millionen-Fall Steuerzahler für Swapppler

Schadens soll nämlich von der Republik kommen. Insider sprechen von bis zu 150 Millionen Euro, die dem Steuerzahler zugemutet werden sollen. Dies legt die Vermutung nahe, dass es zu einer „Drittelösung“ kommen könnte, bei der die beiden früheren Swap-Geschäftspartner Bawag PSK und Stadt Linz ebenfalls je 150 Millionen Euro zahlen sollen. Das wird aber von keiner Seite bestätigt.

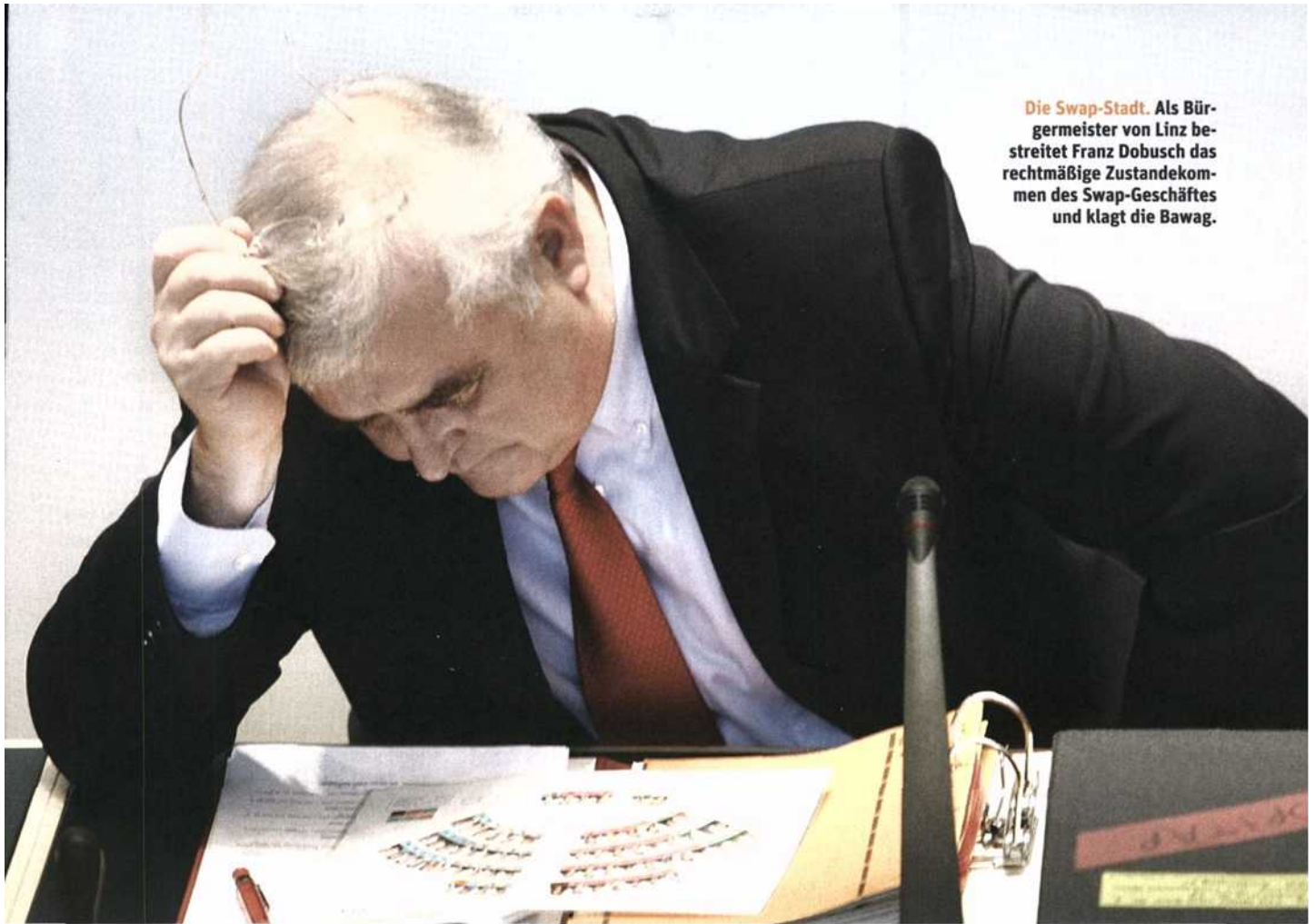
Auch die sonst nicht auf den Mund gefallene Finanzministerin Maria Fekter, die bereits gesagt hat, dass der Fall wohl nicht

ohne Hilfe vom Steuerzahler zu lösen sein werde, schweigt jetzt dazu. Auf die Frage, warum die Finanzministerin in der heiklen Causa so untätig sei, meint ein Sprecher: „Wir sagen nur nichts.“

Bawag: zweite Bedrohung.

Für die Bawag PSK kann die völlig schiefgegangene Swap-Spekulation im schlechtesten Fall „zur Existenzbedrohung werden“, meint Androsch. Das wäre die zweite Bedrohung innerhalb von acht Jahren für die frühere Gewerkschaftsbank und Postsparkasse. Der

FOTOS: ILGNER/TREND, WWW.PICTURESK.COM



Die Swap-Stadt. Als Bürgermeister von Linz bestreitet Franz Dobusch das rechtmäßige Zustandekommen des Swap-Geschäftes und klagt die Bawag.

Bawag gegen Linz: soll jetzt blechen

Ausufernde Kosten. Der Schaden wird täglich größer und könnte die Milliardengrenze erreichen. Am Ende hätte eine Bank oder eine Landeshauptstadt riesen Probleme. Nun soll die Republik auf einen Vergleich drängen, aber auch mitzahlen.

Staat würde dann die 550 Millionen Euro an Partizipationskapital verlieren, die von der Bawag PSK in Anspruch genommen wurden. Und die Finanzministerin, die bereits auf den ungelösten Bank-Fällen Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit und Volksbanken sitzt, müsste eine weitere Bank auffangen.

Das kleinere Übel.

Selbst wenn die Bawag durch den Swap „nur“ ins Minus rutscht, entgehen der Republik die Zinsen für das Partizipationskapital, die jährlich gut 55 Millionen Euro

ausmachen. Angesichts dieser Aussichten halten einige Experten eine finanzielle Beteiligung des Staates an einem Vergleich für das kleinere Übel. Den rechtlich abgesicherten Weg dazu müsste man freilich noch finden. „Wo ein Wille, da findet sich auch ein Weg“, kommentiert Androsch.

Für Landeshauptstadt untragbar.

Aber auch Linz könnte im schlechtesten Fall in eine Zahlungsunfähigkeit schlittern. Die Landeshauptstadt hat keine 450 Millionen Euro in der Portokasse, um die

Forderungen der Bawag zu erfüllen. Der Schaden wäre ohne Beteiligung des Bundes untragbar. Die Finanzministerin hat also immer ein Problem, das letztendlich uns Steuerzahler trifft.

Die komplizierte Schuldfrage.

„Wir haben eine starke Rechtsposition, die mit Gutachten und Aussagen untermauert ist. Vor einem Gerichtsverfahren fürchten wir uns nicht.“ Diese Aussage bekommt man sinnig sowohl von der Stadt Linz als auch von der Bawag PSK zu hören. ▶

INTERVIEW HANNES ANDROSCH FÜR BETEILIGUNG DER REPUBLIK

Hannes Androsch warnt vor Anstieg des Swap-Schadens bis zur Milliardengrenze

NEWS: Herr Doktor Androsch, als Aufsichtsratsvorsitzender der Finanzmarktteiligungs AG des Bundes (Fimbag) überwachen Sie jene Banken, die sich vom Staat im Zuge des Bankenhilfspaketes Geld geliehen haben. Darunter befindet sich die Bawag PSK mit 550 Millionen Euro Partizipationskapital. Welche Bedrohung stellt der Rechtsstreit der Bawag mit der Stadt Linz um ein Swap-Geschäft um inzwischen 450 Millionen Euro dar?

Hannes Androsch: Der Swap, den die Bawag der Stadt Linz verkauft hat, hat sich zu einem gewaltigen Problem ausgewachsen, das noch viel größer wird, wenn man es ausjudiziert, weil jeden Tag weitere beträchtliche Kosten anfallen.

NEWS: Sollte der Staat jetzt eingreifen?

Androsch: Seitens der Aufsichtsbehörden lässt man die Causa Bawag-Swap schon sehr lange treiben, obwohl Folgewirkungen für den Finanzmarkt Österreich und die Steuerzahler zu befürchten sind. Als die Pleite des Hedgefonds Long Term Capital Management 1998 das US-Finanzsystem bedrohte, führte Notenbankchef Alan Greenspan mit allen Beteiligten einen Vergleich herbei. Eine ähnliche Vorgangsweise wäre auch in dieser Causa erforderlich.

NEWS: Angeblich gibt es einen Vergleichsvorschlag, der derzeit im Geheimen verhandelt wird. Dabei soll auch der Bund, also der Steuerzahler, mitzahlen. Was halten Sie davon?

Androsch: Es ist richtig, dass es solche Bemühungen gibt. Ohne sagen zu können, wie ein Prozess zwischen Bawag und Linz gerichtlich ausgehen würde, kann man gerade deshalb nur dringend einen Vergleich empfehlen. Den größeren Teil hätte dabei wahrscheinlich die Bawag zu tragen, und einen entsprechenden Teil zur eigenen Verlustminimierung müsste wohl auch die Stadt Linz leisten. Die Republik dabei als Katalysator einzubinden könnte eine Lösung möglich machen.

NEWS: Jeder Steuerzahler wird sich aufregen, für die Dummheit anderer zu zahlen.

Androsch: Ich würde in einer Beteiligung des Staates ein Zeichen des guten Willens sehen. Damit kann man sowohl gegenüber der Bawag als auch der Stadt Linz Druck machen,



Für Vergleich mit Staatsbeteiligung: Hannes Androsch ortet eine tickende Zeitbombe.

sich zu einigen. Man darf nicht außer Acht lassen, dass im schlimmsten Fall viel höhere Kosten für die Republik anfallen könnten. Eine solche Einigung hilft außerdem dem Finanzplatz Österreich. Bisher haben sich weder die Streitparteien noch die Behörden zur Lösung des Problems mit Ruhm bekleckert.

NEWS: Welcher Schaden droht der Republik, wenn die ganze Causa eskaliert?

Androsch: Im schlimmsten Fall könnte der Linzer Swap zur Existenzbedrohung für die Bawag werden. Dann könnte der Bund nicht nur die 550 Millionen Euro Partizipationskapital verlieren, sondern müsste möglicherweise noch eine weitere Bank auffangen. Dann hätten die öffentliche Hand und damit also wiederum der Steuerzahler ein weiteres Problem.

NEWS: Und wenn die Stadt Linz verliert?

Androsch: Sowohl die Bawag als auch die Stadt Linz sagen, sie hätten die bessere Rechtsposition. Aber niemand kann vorhersagen, wie ein Gerichtsurteil ausgeht. Sicher ist nur, dass die Kosten explodieren. Daher wäre es wichtig, dass diese Zeitbombe entschärft wird.

NEWS: Wie groß kann der Schaden werden?

Androsch: Zinsen, Gutachten, Anwalts- und Gerichtskosten können die Schadenssumme leicht verdoppeln. Am Ende hätten die Republik und damit der Steuerzahler den größten Anteil zu tragen, weil weder die Bawag noch die Stadt Linz diese enorme Summe aufbringen könnte.

► Sucht man den kleinsten gemeinsamen Nenner, also worin sich die beiden Streitparteien einig sind, dann ist es, dass am 12. Februar 2007 ein sogenanntes Finanztermingeschäft abgeschlossen wurde. Ob dieses rechtsgültig war und wer über diese hochspekulative Wette Bescheid gewusst hat, darüber wird bereits gestritten.

So begann der Swap-Krimi.

Die Stadt Linz hatte wie Zigtausende Häuslbauer einen Frankenkredit aufgenommen. Im Fall von Linz waren es 195 Millionen Schweizer Franken. Jemand kam auf die Idee, das damit verbundene Risiko durch ein Geschäft abzusichern, was schließlich auch der Linzer Gemeinderat für gut fand. Werner P., Finanzdirektor der Landeshauptstadt, wurde mit der Angebots-einholung und Abwicklung beauftragt.

Die Bawag als langjährige Hausbank, damals unter der Führung des Sozialdemokraten Ewald Nowotny, war eine der ersten Adressen für den Finanzdirektor.

„Aufsichtsbehörden lassen Swap-Causa zu lange treiben.“

Hannes Androsch

Vielfaches Risiko statt Absicherung.

Was die Stadt Linz sich aber schlussendlich von der Bawag eingekauft hat, barg Sprengkraft. Das inzwischen zu trauriger Berühmtheit gelangte „Swap-Geschäft 4175“ ist vieles, aber keine Absicherung. In Wahrheit wurde das Währungsrisiko weit mehr als verdoppelt. Wie viel die Stadt Linz pro Jahr an Zinsen zu bekommen oder zu bezahlen hat, hängt vom Wechselkurs des Franken zum Euro ab: Es handelt sich um eine Wette auf eine Währung. Das ist besonders pikant, setzte die Bawag als Gewerkschaftsbank doch mit Währungsspekulationen Milliarden in den karibischen Sand.

„In den Berechnungen ging man davon aus, dass der Franken nicht stärker werden könne als bei den Terroranschlägen von 9/11“, schildert Meinhard Lukas, Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Linzer Johannes-Kepler-Universität, der die Stadt Linz vertritt. Nach 9/11 stieg

der Franken auf 1,40 Euro, verlor aber rasch wieder. Bei diesem Kurs war das Risiko für die Stadt Linz, in einem Jahr rund 19,5 Millionen Franken zu bezahlen.

Die Katastrophe passiert.

Zunächst ging das Swap-Geschäft gut. Die Stadt Linz kassierte Zinserträge in Millionenhöhe, und alle waren glücklich. Im Herbst 2008 passierte allerdings die Lehman-Pleite mit katastrophalen Folgen für die Finanzmärkte in aller Welt. Der Franken wurde immer stärker und erreichte kurzzeitig sogar die Parität: Ein Franken war gleich viel wert wie ein Euro.

Zur Veranschaulichung: Bei einem Kurs 1:1 zum Stichtag steigt die Zinszahlung der Stadt auf 105 Millionen Euro – und das nur für ein Jahr. Der aktuelle Frankenkurs von 1,22 bedeutet eine Jahresrate von rund 42 Millionen Euro, die die Stadt Linz zu bezahlen hätte.

Bawag bestreitet Absicht.

Die Bawag wiederum erklärt, die Stadt Linz habe genau jenes Geschäft vermittelt bekommen, das sie bestellt habe. Von einer Absicherung sei nie die Rede gewesen, nur von einer „Optimierung“. Darunter war ein Risikogeschäft zu verstehen, mit dem man Geld zur Zinszahlung verdienen konnte.

Linz bestreitet das ganze Geschäft.

Die Stadt Linz hingegen bestreitet gleich das ganze Geschäft. Ein solches sei nie rechtswirksam zustande gekommen. „Laut § 867 ABGB ist ein Geschäft, das nicht durch einen Beschluss des Gemeinderates gedeckt ist, nichtig“, erklärt Dekan Lukas. Im Gegensatz zur Stadt Linz sieht die Bawag aber einen gültigen Beschluss.

Die Stadt Linz hat allerdings noch ein Eisen im Feuer: Die Bank habe ihre Wohlverhaltenspflicht verletzt, weil das Geschäft der Bawag laut Gutachter bis zu 20 Millionen Euro abzüglich Kosten eingebracht haben soll, wovon Linz nichts wusste. Seitens der Bawag wird auf hohe Kosten verwiesen. Unterm Strich sollen der Bank nur 990.000 Euro Gewinn geblieben sein.

Wie das Handelsgericht die Causa sieht, wagt kein Experte vorherzusagen. Die Bank hat das Hochrisikogeschäft im Oktober 2011 mit 417 Millionen Euro Verlust geschlossen. Das hohe Risiko blieb.

■ Markus R. Leeb



Problemfront. Finanzministerin Maria Fekter hat mit dem Linzer Swap noch ein gewaltiges Problem am Hals, während Hypo, Volksbanken und Kommunalkredit ungelöst sind.